NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 26.01.2007, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesenheit:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	B 90 / Die Grünen
Herr Stadtrat Biver, Nico	Marburger Linke
Herr Stadtrat Hertlein, Jürgen	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Kahle, Franz	B 90 / Die Grünen
Frau Stadträtin Laßmann, Alev	B 90 / Die Grünen
Frau Stadträtin Müller-Wickenhöfer, Johanna	FDP
Herr Stadtrat Rehlich, Jürgen	CDU
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich	CDU - e -
Frau Stadträtin Schulze-Stampe, Ursula	SPD
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis	SPD
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus	SPD
Herr Stadtrat Stötzel, Wieland	CDU
Herr Oberbürgermeister Vaupel, Egon	SPD
Frau Stadträtin Dr. Weinbach, Kerstin	SPD
Herr Aab, Peter	SPD
Herr Acker, Matthias	SPD
Herr Backes, Björn	SPD
Herr Becker, Reinhold	SPD
Frau Böttcher, Bettina	SPD
Frau Brahms, Karin	SPD
Frau Daser, Dagmar	SPD
Frau Dinnebier, Kirsten	SPD
Herr Hussein, Schaker	SPD
Frau Lotz-Halilovic, Erika	SPD
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer, Heinrich	SPD
Frau Mertins, Barbara	SPD
Herr Meyer, Uwe	SPD
Herr Dr. Musket, Ralf	SPD
Herr Dr. Rausch, Ulrich	SPD
Frau Seelig, Johanna	SPD
Frau Sell, Sonja	SPD
Herr Severin, Ulrich	SPD

Herr Weidemann, Gerald	SPD	
Frau Wölk, Marianne	SPD	
Frau Ackermann, Barbara	CDU	
Frau Gottschlich, Hannelore	CDU	
Herr Heck, Hermann	CDU	
Herr Heubel, Christian	CDU	
Herr Jannasch, Manfred	CDU	
Frau Kaufmann, Anita	CDU	- e -
Herr Kissel, Winfried	CDU	
Herr Lohse, Ingo	CDU	
Frau Oppermann, Anne	CDU	
Herr Pfalz, Roger	CDU	
Frau Dr. Pötter, Claudia	CDU	
Frau Röhrkohl, Anni	CDU	
Herr Sauer, Florian	CDU	
Frau Schaffner, Karin	CDU	
Herr Scherer, August	CDU	
Frau Prof. Dr. Simon, Babette	CDU	
Herr Stompfe, Philipp	CDU	
Herr Vaupel, Dirk	CDU	
Herr Dr. Wulff, Reimer	CDU	
Frau Dr. Baumann, Petra	B 90 / Die Grünen	
Frau Dorn, Angela	B90/Die Grünen	- e -
Herr Göttling, Dietmar	B 90 / Die Grünen	
Herr Markus, Jürgen	B 90 / Die Grünen	
Frau Neuwohner, Elke	B 90 / Die Grünen	
Frau Perabo, Dr. Christa	B 90 / Die Grünen	
Frau Pistor, Sabine	B90/Die Grünen	
Herr Schäfer, Wolfram	B 90 / Die Grünen	
Frau Dr. Therre-Staal, Elke	B90/Die Grünen	
Herr Weber-Hofmann, Reinhard	B90/Die Grünen	
Frau Darabos, Alexandra	Marburger Linke	
Frau Gottschaldt, Eva Christiane	Marburger Linke	
Herr Köster-Sollwedel, Henning	Marburger Linke	
Herr Metz, Peter	Marburger Linke	
Frau Schäfer, Birgit	Marburger Linke	
Herr Prof.Dr. Dingeldein, Heinrich	FDP	
Frau Schwebel, Gerlinde	FDP	
Herr Ludwig, Heinz	MBL	
Herr Dr. Uchtmanh, Hermann	MBL	

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Der Stadtverordentenvorsteher Heinrich Löwer - SPD-Fraktion - eröffnet die Sitzung um Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordentenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass der Stadtverordnete Christian Heubel (CDU) sein Mandat nieder gelegt hat. Nachgerückt ist die Stadtverordneten Ute Mehnert (CDU). Die Stadtverordneten Mehnert ist jedoch heute nicht anwesend und hat sich entschuldigt.

Neuer Vorsitzender der CDU-Fraktion ist der Stadtverordnete Philipp Stompfe. Er tritt in dieser Funktion die Nachfolge des Stadtverordneten Heubel an. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Dezember 2006 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zunächst beantragt der Stadtverordnete Stompfe (CDU) die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 9.8 "Antrag der CDU-Fraktion, betr. Turnergarten" bis zur Februarsitzung der Stadtverordnetensitzung.

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt vor, dass für die heutige Tagesordnung 4 Dringlichkeitsanträge vorliegen.

1. Dringlicher Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen "Schreibwerkstätten an Schulen"
Die Vorlage wird begründet durch den Stadtverordneten Becker (SPD). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der

SPD, der Grünen, der Marburger Linken und der FDP die Dringlichkeit. Damit ist die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung mit aufgenommen werden.

Der Dringlichkeitsantrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD "Tagespflegesatzung"
Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Weber-Hofmann (Bündnis 90/Die Grünen). Gegen die Dringlichkeit wird nicht gesprochen. Somit wird der Stadtverordnetenvorsteher den Antrag in die Tagesordnung einfügen und als TOP 8.1 aufrufen.

3. Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke, MBL und FDP "Unterstützung der Otto-Ubbelohde-Schule"
Die Behandlung dieses dringlichen Antrages wird zunächst zurückgestellt. Es soll versucht werden, während der Fragestunde eine Einigung zwischen den Fraktionen herbeizuführen, wie mit diesem dringlichen Antrag verfahren werden soll.

4. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion "Otto-Ubbelohnde-Schule"
Die Behandlung dieses dringlichen Antrages wird zunächst zurückgestellt. Es soll versucht werden, während der Fragestunde eine Einigung zwischen den Fraktionen herbeizuführen, wie mit diesem dringlichen Antrag verfahren werden soll.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung wird zunächst - vorbehaltlich der Aufnahme weiterer Dringlichkeitsanträge - wie vorgesehen abgehandelt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 1/2007)
Vorlage: VO/1026/2007

Ist der Schuldezernentin bekannt, dass die von der hessischen Landesregierung geplante Einführung des Landeszentralabiturs zu scheitern droht, weil das HKM bislang nicht in der Lage ist, die Übermittlung der Prüfungsaufgaben zu gewährleisten? (Der erste Probelauf der Datenübermittlung scheiterte hessenweit, der 2. Probelauf wurde schon im Vorfeld seitens des HKM abgesagt!)

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Für die Übermittlung der Landesaufgaben über das neu installierte

Schulverwaltungsnetz waren Einstellungen notwendig, über die die Schulträger im Vorfeld der Tests nicht informiert waren, was zum Scheitern des ersten Probelaufes und zur Terminverschiebung des 2. Laufes führte.

Am 20.12. wurde die Lenkungsgruppe Schulverwaltungsnetz darüber informiert und mit gleichem Schreiben alle technischen Detailinformationen an die Schulträger geliefert. Es ist zwar eine Änderung der Konfiguration an allen Rechnern, die auf die Landesaufgaben zugreifen sollen, erforderlich, doch durch die Flexibilität, die wir durch eigenes technisches Supportpersonal haben, können wir für Marburg den geplanten Termin 24. 01. 07 halten.

Ob das Zentrale Landesabitur gefährdet ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Das Testszenario ist den Beteiligten nun bekannt und kann abgearbeitet werden. Probleme, die sich evtl. aus mangelnder Bandbreite der Netzwerkverbindung oder durch das aus Datenschutzgründen sehr enge Zeitfenster für die Vorbereitung ergeben, werden im Testlauf erkennbar werden. Für den schlimmsten Fall muss davon ausgegangen werden, dass das Land bei einem Projekt dieser Größenordnung und mit der Einbeziehung eines professionellen Projektmanagements einen Plan B in der Schublade hat.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 1/2007)
Vorlage: VO/1022/2007

Bei der touristischen Vermarktung des Elisabethjahres finden sich regelmäßig auch Hinweise auf thüringische Aktivitäten. Wird in Thüringen, speziell auch in bzw. durch unsere Partnerstadt Eisenach, umgekehrt in angemessener Weise für Besuche bei uns in Marburg geworben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der touristischen Vermarktung des Elisabethjubiläums hat es im letzten Jahr eine Vielzahl an Gesprächen gegeben. Als Resultat konnte bereits in 2006 eine gemeinsames Produkt in Form eines Flyers herausgebracht werden. Dabei wurde nicht nur mit Eisenach, sondern darüber hinaus mit den thüringischen Städten Creuzburg, Schmalkalden, Gotha, Erfurt und Weimar, sowie Naumburg/Freyburg in Sachsen-Anhalt kooperiert. Dieses Produkt wurde für 2007 weiterentwickelt und als DIN A 4 Broschüre aufgelegt (Auflage 100.000). Marburg ist dabei mit Stadt und Universität (Ausstellung im Landgrafenschloss) auf einer Doppelseite präsent.
Zur besseren zielgruppenspezifischen Vermarktung der Broschüre haben die Verantwortlichen der Wartburg und Eisenach gezielt 25.000 Adressen von Elisabethvereinen, -gemeinden, -kirchen etc. für ein gemeinsames Mailing eingekauft.

Neben diesem konkreten Produkt dient Eisenach als Schnittstelle zu weiteren Projekten , wie z.B. einer gemeinsamen Pressereise bzw. als Ansprechpartner für die thüringische Landestourismusorganisation (TTG) Die TTG hat das Elisabethjubiläum zu eines ihrer drei Schwerpunktthemen 2007 auf Landesebene gemacht und diente zudem als Zugang zu den Verantwortlichen der

Bundesgartenschau 2007 (Gotha) und der Deutschen Bahn. Sowohl die Buga als auch die DB ließen sich dadurch als Kooperations- und Marketingpartner gewinnen. Im Laufe des Jahres 2007 sind weitere gemeinsame Projekte auf der Ebene Marburg und Eisenach/Thüringen anlässlich des Elisabethjubiläums angedacht.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet und Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 3 1/2007)
Vorlage: VO/1023/2007

Wie beabsichtigt der Magistrat, das Gelände und das Gebäude des Kindergartens in Bauerbach auch für Rollstuhlfahrer zugänglich zu machen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Außengelände des Kindergartens Bauerbach ist für Rollstuhlfahrer erschlossen. Zwei Gruppen- sowie Nebenräume des Kindergartens befinden sich im 1. Obergeschoss und sind nur durch eine innen liegende Holztreppe zu erreichen, ein zweiter Fluchtweg in Form einer Außenrutsche aus dem 1. OG auf das Freigelände hergestellt.

Der Gruppenraum im Erdgeschoss ist ebenfalls nur über zwei Treppenstufen erreichbar.
Eine Rollstuhl gerechte Erschließung der Gruppenräume im Obergeschoss ist nicht vorgesehen, und auf Grund der Gebäudestruktur sowie aus denkmalpflegerischer Sicht nicht umsetzbar.

Der Gruppenraum im Erdgeschoss könnte über Außen- und Innenrampen für Rollstuhlfahrer zugänglich gemacht werden. Allerdings soll in der Diskussion mit Vertretern des Behindertenbeirates am "Runden Tisch Hochbau" erörtert werden, mit welcher Priorität diese Lösung zu verfolgen ist.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 4 1/2007)
Vorlage: VO/1024/2007

Wie stellt der Magistrat sicher, dass Bürgerinnen und Bürger, die von der Stadt oder städtischen Unternehmen in 2006 Leistungen (z.B. Strom, Gas, Wasser) bezogen haben, diese nur nach den in 2006 gültigen Tarifen und Steuersätzen bezahlen müssen?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Grundlage der Lieferverträge mit Tarifkunden sind die jeweiligen vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erlassenen Verordnungen für den Energie- und Wasserbereich (Allgemeine Versorgungsbedingungen).
Diese regeln die Verfahrensweise im Falle von Änderungen der verbrauchsabhängigen Preise sowie der Umsatzsteuer innerhalb des

Abrechnungszeitraumes.
Danach ist der Verbrauch zeitanteilig unter Berücksichtigung jahreszeitlich bedingter Verbrauchsschwankungen nach alten und neuen Preisen bzw. Steuersätzen rechnerisch aufzuteilen; eine stichtagsbezogene Ablesung ist nicht vorgeschrieben.
Die Stadtwerke Marburg werden eine verordnungskonforme Abrechnung durch entsprechende Einstellungen der Abrechnungssoftware (zeitabhängige Tarifpreise und Steuerschlüssel sowie Wichtungstabellen) für die Kundinnen und Kunden sicherstellen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 17:22 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Gottschaldt (Marburger Linke) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 5 1/2007)
Vorlage: VO/1025/2007

Ist der Magistrat bereit, die Duschen im AquaMar mit einer Mischbatterie zu versehen?
Von vielen Erwachsenen wird die Temperatur als zu kalt empfunden und von Kindern als zu warm.

Da die Fragestellerin heute noch nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Entsprechend dem Niedrigenergiekonzept des AquaMar wird jeder Dusche zentral vorgemischtes Wasser mit einer körpergerechten Temperatur von ca. 37°C zugeführt. Diese Ausführung entspricht dem heutigen neuesten Stand der Technik.

Damit werden Wärmeverluste in den langen Rohrleitungen, die bei den dezentralen Mischbatterien durch den Transport von wesentlich heißerem Wasser entstehen, auf ein Minimum reduziert. Auch der Installationsaufwand durch die doppelte Rohrführung bei dem überalterten Mischbatterie-System ist überproportional hoch.

Der Umbau des vorhandenen Einrohrsystems im AquaMar wäre deshalb mit erheblichen Kosten verbunden. Aus diesem Grund wird aus fachlicher und energiepolitischer Sicht der Einbau von Mischbatterien nicht empfohlen. Bisher haben sich auch nur sehr wenige Badegäste über die Duschwassertemperatur beschwert.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 6 1/2007)
Vorlage: VO/1028/2007

Wie intensiv wird das Anrufsammeltaxi "An der Haustatt" genutzt?

Da die Fragestellerin heute noch nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Im Jahr 2006 gab es im Bereich des Höhenlagen-AST 707 Beförderungsfälle. Davon waren ca. 51%, also ca. 360 Beförderungsfälle von bzw. zur Haltestelle "An der Haustatt". Dies entspricht 1,5 Fahrten von möglichen 3 Fahrten pro Tag (Montag - Freitag).

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sabine Pistor (Nr. 7 1/2007)
Vorlage: VO/1065/2007

Nehmen Marburger Schulen an dem Projekt der DUH (Dt. Umwelthilfe) und T-Mobile teil, bei dem alte Handys eingesammelt werden? - pro Handy werden Euro 2,50 für Umweltprojekte ausgezahlt.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nach einer Umfrage des Fachdienstes Schule nimmt eine Schule der Stadt Marburg an dem Projekt der Deutschen Umwelthilfe teil (Friedrich-Ebert-Schule).

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 8 1/2007)
Vorlage: VO/1029/2007

Hält es der Magistrat ebenfalls für erstrebenswert, den in Michelbach geborenen Bürger, Herrn Wilhelm Schönfelder, und ranghöchsten Vertreter der Bundesregierung in Brüssel (lt. Handelsblattbericht vom 02.01.2007) in Marburg offiziell zu empfangen und sich in das Goldene Buch der Stadt eintragen zu lassen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der in Michelbach geborenen Wilhelm Schönfelder ist ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union in Brüssel. Ihm fällt die Aufgabe zu, die deutsche EU-Präsidentschaft zu koordinieren.

Kommt ein so hoher Diplomat nach Marburg, ist der Magistrat selbstverständlich bereit, ihn zu empfangen. Ein Eintrag in das Goldene Buch der Stadt gehört dann zu diesem Empfang.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 9 1/2007)

Vorlage: VO/1030/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben über den Stand der Planungen für die Busanbindung der Ausstellung "Elisabeth und der Dienst am Kranken" im Schloss?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Zeit vom 24.03.2007 - 25.11.2007 findet im Marburger Landgrafenschloss die Ausstellung „Elisabeth und der Dienst am Kranken“ statt.

Die Marburger Verkehrsgesellschaft mbH wird in dieser Zeit 1 Midi-Bus zur Verfügung stellen, der zwischen Schloss und Elisabeth-Kirche pendeln wird.

Bei hohem Bedarf kann noch ein weiteres Fahrzeug zur Verfügung gestellt werden. Mit MTM und dem Universitätsmuseum werden diese Fahrten abgestimmt.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 10 1/2007)
Vorlage: VO/1031/2007

Was hat die Prüfung des Antrags der FDP auf Einrichtung einer direkten Busverbindung zwischen Marburg und Eisenach im Jubiläumsjahr 2007 ergeben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtwerke Marburg GmbH holen zur Zeit Angebote für Tagesfahrten (Marburg - Eisenach und zurück) und über die generelle Verfügbarkeit von Bussen bei hiesigen Reisebusunternehmen ein. Diese Angebote werden dann an die Koordinierungsstelle „Elisabethjahr" des Kulturamtes und an die Marburger Tourismus und Marketing GmbH zur weiteren Veranlassung weitergeleitet und sollen dort gezielt mit den dann stattfindenden Großveranstaltungen in Thüringen in Abstimmung gebracht werden.

Von einem angebotsorientierten Pendelverkehr ist abzusehen, weil das Fahrgast- oder Touristenaufkommen im Vorfeld nicht prognostiziert werden kann.

Das DERPART Reisebüro Krug GmbH in Bad Hersfeld bietet im Übrigen vom 13.7. bis zum 14.09.07 an jedem Wochenende Fahrten von Marburg nach Eisenach mit dem Besuch des Elisabeth-Musicals im Stadttheater Eisenach und dem Besuch des Elisabethausstellung auf der Wartburg an. Allerdings werden diese Fahrten auch nur dann durchgeführt, wenn die Mindestzahl von 35 Teilnehmern erreicht wird.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Heinrich Dingeldein (Nr. 11 1/2007)
Vorlage: VO/1032/2007

Sind die Repräsentanten von Marburgs Partnerstädten über das Jubiläumsjahr 2007 („Elisabethjahr“) informiert und evtl. zum Besuch eingeladen worden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Nach dem Erscheinen des umfangreichen Jubiläumsprogramms am 19. Januar 2007 wird dieses den Partnerstädten zugeschickt mit der Aufforderung, Marburg zum Elisabethjahr zu besuchen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Heinrich Dingeldein (Nr. 12 1/2007)
Vorlage: VO/1033/2007

Gibt es Überlegungen im Magistrat, Marburgs jüngste Partnerstadt Sibiu/Hermannstadt durch eine Ortsbezeichnung (Straße, Platz o.a.) den Marburgern näher zu bringen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit stehen innerhalb der Kernstadt keine neuen Straßen zur Benennung an.

Da Umbenennungen von Straßen, von denen Anlieger betroffen sind, nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden sollen, ist von dieser Möglichkeit derzeit Abstand zu nehmen.

Bei Straßenbenennungen in den Stadtteilen wird bisher der jeweils betroffene Ortsbeirat um einen Namensvorschlag gebeten, dem dann in der Regel auch gefolgt wird.

Bei den Partnerstädten Maribor, Northampton, Sfax und Poitiers wurde erst in Rahmen der Bebauung von Weidenhausen Süd entsprechende Straßennamen beschlossen bzw. der Northamptonpark benannt. Es sollte daher auch für die Partnerstadt Sibiu/Hermannstadt eine Neubaustraße im Bereich der Kernstadt gewählt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich und Heck werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Herrmann Uchtmann (Nr. 13 1/2007)
Vorlage: VO/1059/2007

Warum ist die Beschilderung „Verkehrsverbot/Anlieger frei" in den Straßen Am Berg, über Haustatt, Wilhelm-Roser-Straße bis Ketzerbach nicht aufgehoben worden, obwohl sie nur für die Zeit der Sperrung des Marbacher Weges eingerichtet wurde?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In Absprache mit den zuständigen Stellen u. a. mit dem Regierungspräsidium in Gießen, ist die komplette Umleitungsbeschilderung, die aufgrund der Vollsperrung des Marbacher Weges angeordnet wurde, aus sachlichen Gründen - die Tonnagebeschränkung die aufgrund der Bautätigkeiten in der Ketzerbach angeordnet werden musste (7,5 t) musste für den Schwerverkehr aufrecht erhalten werden. Des Weiteren wären erhebliche Kosten entstanden, wenn die vorhandene Umleitungsbeschilderung abgeändert bzw. teilweise zurückgenommen worden wäre.

Die vorhandene Umleitungsbeschilderung wird erst nach Abschluss der Bauarbeiten am Marbacher Weg entfernt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Prof. Dr. Babette Simon (Nr. 14 1/2007)
Vorlage: VO/1034/2007

Hat der Magistrat vor, dieses Jahr endlich dem Anliegen des Ortsbeirates Schröck nachzukommen und nach über zwei Jahrzehnten bei 90%-iger Kostenbeteiligung durch die Anwohner den Endausbau der Straße „Auf dem Rück" endlich erfolgen zu lassen? Es ist absolut unverständlich, dass der Endausbau bisher nicht erfolgt ist.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Teilstück der Straße „Auf dem Rück" südlich des Wiesentalweges umfasst insgesamt 17 Bauplätze. Hiervon waren zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen für den Haushalt 2007 gerade einmal 10 Grundstücke bebaut.

Der Magistrat hat in der Vergangenheit den Endausbau einer Erschließungsanlage erst zu dem Zeitpunkt vorgenommen, an dem 80 - 90 % der Grundstücke des Baugebietes bebaut sind. Hierdurch werden Beschädigungen und Wiederaufbrüche der Straße im Rahmen der privaten Bauarbeiten vermieden. Zudem kann die Positionierung von straßenbaulichen Anlagen wie Straßenleuchten, Bäume, Stellplätze usw. besser auf die Lage von Einfahrten und Eingängen des Grundstücks abgestimmt werden.

Nachdem eine Bebauung von zwei bis drei weiteren Grundstücken in 2007 zu erwarten ist, könnte der Endausbau im Jahre 2008 erfolgen. Eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung ist haushaltsrechtlich eingestellt.

Die erhobenen Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag decken i.d.R. 80 % des bisher angefallenen Aufwands (nach Abzug des 10%-igen städtischen Anteils) ab. Erst im Rahmen des Endausbaus und danach folgender Endabrechnung wird eine 90%-ige Finanzierung der Herstellungskosten durch die Anlieger erreicht.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Prof. Dr. Babette Simon (Nr. 15 1/2007)

Vorlage: VO/1035/2007

Was hat der Magistrat bisher veranlasst, um einen Nachfolger für die Firma Hoppe zum Endausbau der Blütenstraße in Schröck zu finden?

Es anwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Nachlass-Insolvenzverfahren des Herrn Jürgen Kurt Hoppe sind die angemeldeten Forderungen geprüft und festgestellt worden. Das Verfahren ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Der Nachlass-Insolvenzverwalter versucht derzeit, vorhandenes Vermögen zu verwerten. Hierunter fallen auch die Planungsleistungen zum Baugebiet Buchenrot.

Nach Kenntnis des Magistrats konnte bislang kein Investor zur Übernahme des Projektes gefunden werden. Die städtischen Möglichkeiten sind bis zum Abschluss des Nachlass-Insolvenzverfahrens begrenzt. Derzeit können lediglich Anfragen zur Abwicklung von Baugebieten an den Insolvenzverwalter weitergeleitet werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Prof. Dr. Simon (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 16 1/2007)
Vorlage: VO/1066/2007

Bezüglich der Anfrage des Kollegen Sauer vom 22.09.2006, dass die Stadt sich dafür einsetzen möge, dass die Fahrbahnmarkierung auf der Autobahn in südlicher Richtung zwischen Wehrda und Marburg dringend erneuert werden muss, hat sich leider nichts erkennbares getan.
Was hat die Stadt bisher getan und was kann sie jetzt zusätzlich tun?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die kleine Anfrage von Herrn Sauer wurde während der Stadtverordnetensitzung am 22.09.2006 wie folgt beantwortet:

Nach Auskunft des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen als zuständiger Baulastträger wird die B3 zwischen Mitte-Marburg und Marburg-Süd demnächst mit einer neuen Decke versehen. Nach erfolgter Deckenerneuerung wird dieser Abschnitt auch entsprechend markiert.

Zwischen Marburg-Süd und Gisselberg erfolgt eine Erneuerung der Markierung innerhalb der nächsten sechs Wochen.

Diese Arbeiten sind auch entsprechend erledigt worden.

Die erweiterte Frage des Stadtverordneten Jannasch wird wie folgt beantwortet:

Eine telefonische Rückfrage bei der Straßenmeisterei - Herrn Burk - hat ergeben, dass die Fahrbahnmarkierung zwischen Marburg-Nord und Marburg-Bahnhof in südlicher Richtung 2007 erneuert wird.

Der Grund liegt darin, dass für 2007 eine grundlegende Fahrbahnmarkierung für

den besagten Streckenabschnitt vorgesehen ist. Es wäre nicht verhältnismäßig, zum jetzigen Zeitpunkt Markierungsarbeiten von ca. 25.000 Euro durchführen zu lassen und um Frühjahr 2007 die komplette Fahrbahnerneuerung vorzunehmen.

Der besagte Streckenabschnitt ist entsprechend beschildert - Verkehrszeichen 101 mit Zusatz "fehlende Fahrbahnmarkierung" - insofern bestehen von Seiten der Straßenverkehrsbehörde keine Bedenken.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 17 1/2007)
Vorlage: VO/1036/2007

Wie ist der aktuelle Sachstand zur Einführung der sog. Nacht der Wissenschaft?

Es antwortet die Stadträtin Dr. Weinbach:

Es ist seit Sommer 2006 erklärtes Ziel der Stadt Marburg, zum Abschluss des Elisabethjahres eine „Nacht der Wissenschaft" zu veranstalten. Im Herbst 2006 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007 zum „Jahr der Geisteswissenschaften" ausgerufen. Der Deutsche Städtetag hat die Universitätsstädte aufgerufen, sich dabei aktiv zu beteiligen.
Nach Gesprächen mit verschiedenen Vertretern der Philipps-Universität will der Magistrat am 23. November 2007 in Kooperation mit den geisteswissenschaftlichen Fächern der Philipps-Universität eine „Nacht der Geisteswissenschaften" ins Leben rufen. Damit will er vier Ziele erreichen:

1. Aktiver eigener Beitrag zum „Jahr der Geisteswissenschaften" - wie vom Deutschen Städtetag empfohlen; zugleich Betonung des besonderen Marburger Hochschulprofils mit einem Schwerpunkt im Bereich Geisteswissenschaften;

2. Abschluss des Elisabeth-Jubiläums mit Ausblick auf die Zukunft Marburgs als Stadt der Bildung und Wissenschaft;

3. nach Möglichkeit ein Beitrag zur Uni-Campus-Entwicklung durch Einbeziehung zukünftiger Campus-Räumlichkeiten;

4. Verstärkung der Kooperation zwischen städtischen und universitären Akteuren.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein (SPD) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva-Christiane Gottschaldt (Nr. 18 1/2007)
Vorlage: VO/1037/2007

In der Antwort vom 14. September 2006 auf eine Große Anfrage der Marburger Linken berichtet der Magistrat, dass bei der Stadt Marburg und den städtischen Tochtergesellschaften insgesamt 14 Arbeitsgelegenheiten

mit Mehraufwandsentschädigungen eingerichtet seien. Weitere 14 Personen seien über Vereine in städtischen Einrichtungen und beim DBM eingesetzt. In der OP vom
6. Januar wird OB Vaupel zitiert, dass bei der Stadt Marburg fünfzig Menschen nach SGB II beschäftigt seien. Wie erklärt der Magistrat diesen Widerspruch?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Jahr 2006 waren zum Zeitpunkt der Beantwortung bezüglich der Anzahl der Arbeitsgelegenheiten bei der Stadt Marburg und den städtischen Tochtergesellschaften 14 Personen eingesetzt. Weitere 14 Teilnehmer/innen von Arbeitsgelegenheiten waren über Vereine in städtischen Einrichtungen und beim DBM eingesetzt.
Die Zahl von fünfzig Menschen, die bei der Stadt Marburg nach SGB II beschäftigt seien, ist nicht korrekt. Wie es zu dieser Aussage in der OP vom 6. Januar 2007 gekommen ist, kann nicht nachvollzogen werden.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva-Christiane Gottschaldt (Nr. 19 1/2007)
Vorlage: VO/1038/2007

Wie viele Arbeitnehmerinnen, die bei der Praxis GmbH angestellt waren, wurden von der Stadt Marburg und dem Eigenbetrieb DBM seit dem Jahr 2003 über mehrere Monate als Leiharbeiterinnen beschäftigt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bei der Stadt Marburg und dem Eigenbetrieb DBM wurden bisher keine Arbeitnehmerinnen, die bei der Praxis GmbH angestellt waren, als Leiharbeiterinnen beschäftigt.

---

zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 20 1/2007)
Vorlage: VO/1039/2007

Wie viele Teilnehmer/innen an Arbeitsgelegenheiten wurden im vergangenen Jahr bei der Stadt Marburg und ihren Unternehmen eingesetzt und wie viel Mehraufwandsentschädigung wurde ihnen von der Stadt bzw. ihren Unternehmen gezahlt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bei der Stadt Marburg wurden im Jahr 2006 insgesamt 25 Teilnehmer/innen für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt. Die Mehraufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 195,--€ bei einem Einsatz von 30 Stunden pro Woche wurde direkt vom KreisJobCenter an die Personen gezahlt. Die Erstattung dieser Mehraufwandsentschädigungen an das KreisJobCenter erfolgt dann in einer Jahresrechnung durch die Stadt Marburg.
Weitere 13 Personen waren im Jahr 2006 über Vereine in städtischen Einrichtungen eingesetzt.
Der Dienstleistungsbetrieb hat im vergangenen Jahr 8 Personen eine

Arbeitsgelegenheit angeboten. Die Abwicklung der Mehraufwandsentschädigungen erfolgt wie bei der Stadt Marburg.
Weitere 11 Personen wurden über Vereine beim DBM eingesetzt.

Bei den Stadtwerken wurden keine Arbeitsgelegenheiten im Jahr 2006 durchgeführt.
Die Abrechnung des KJC liegt für 2006 noch nicht vor. Die Aufwendungen betrugen in2006 für die Stadtverwaltung rd. 26.000 €, für den DBM rd. 7.300 €.

Angaben über Arbeitsgelegenheiten bei der GeWoBau können nicht gemacht werden, da sich der zuständige Sachbearbeiter im Urlaub befindet.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Severin (SPD) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Reimer Wulff (Nr. 21 1/2007)
Vorlage: VO/1040/2007

Wie viele Anfragen von Personen oder Firmen nach Gewerberäumen gingen bei der Stadt Marburg in den letzten drei Jahren ein und wie viele entfielen davon auf die Gründerzentren?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nahezu täglich gehen bei der Stadt Marburg Anfragen zu Grundstücken, Büro- und Gewerberäumen entweder schriftlich, per Fax, E-Mail oder telefonisch ein. Dabei handelt es sich sowohl um Anfragen nach der Verfügbarkeit von Gründstücken, Gebäuden und Räumen ganz allgemein, als auch um sehr gezielte Anfragen nach ganz bestimmten Objekten oder für ganz bestimmte Branchenzwecke. Derartige Anfragen werden im Kundeninteresse zügig abgearbeitet. Dabei werden ggf. auch Immobilienmakler etc. hinzugezogen.

Eine Statistik über Anzahl und Art der Anfragen wird nicht geführt. Gleiches gilt für die von der Stadtwerke Marburg Immobilien Gesellschaft verwalteten Gründerzentren.

---

zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Reimer Wulff (Nr. 22 1/2007)
Vorlage: VO/1060/2007

Wie viele Unternehmen haben sich in den letzten drei Jahren in Marburg angesiedelt und wie viele haben Marburg in den letzten drei Jahren verlassen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In den letzten drei Jahren gab es im jährlichen Durchschnitt jeweils rund 800 Anmeldungen von Gewerbebetrieben und knapp 600 Abmeldungen. In den einzelnen Jahren waren dies:

Anmeldungen:

2004: 888
2005: 816
2006: 740

Abmeldungen:
2004: 621
2005: 613
2006: 548

Für alle Jahre ergibt sich ein deutlicher positiver Saldo. Der Branchenschwerpunkt lag jeweils im Groß- und Einzelhandelsbereich mit ca. 25 % der Anmeldungen.

---

zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Roger Pfalz (Nr. 23 1/2007)
Vorlage: VO/1061/2007

Zu welchen Vorhaben/Maßnahmen der Stadt erfolgen grundsätzlich keine Ausschreibungen und bei welchen Vorhaben/Maßnahmen wurden in den letzten drei Jahren Ausschreibungen vorgenommen?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Auftragsvergaben der Stadt Marburg erfolgen nach den vom Magistrat beschlossenen Vergaberichtlinien -Anlage 8 der AGA- in der Fassung vom 05.08.2005.

Danach werden Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert über 50.000 € im Baubereich und über 25.000 € im Bereich Liefer- und Dienstleistungen in der Regel öffentlich ausgeschrieben.

Aufträge im Wert von mehr als 25.000 € im Baubereich und 10.000 € im Bereich Liefer- und Dienstleistungen werden im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung vergeben.

Eine freihändige Vergabe von Aufträgen nach vorheriger Preisanfrage ist nach den Vergaberichtlinien zulässig bei Auftragswerten bis zu 25.000 € im Baubereich (z. B. Kleinaufträge bei der Bauunterhaltung) und 10.000 € im Bereich Liefer- und Dienstleistungen. Dabei werden bei Aufträgen über 1.000,00 € von mindestens drei Bietern und über 10.000,00 € von mindestens 4 Bietern Preisangebote eingeholt. Unabhängig vom Auftragswert werden auch Aufträge an Betriebe des 2. Arbeitsmarktes (z. B. Praxis, Integral) mit diesem Verfahren vergeben, da hier eine Beteiligung an Ausschreibungen gem. § 8 Nr. 6 VOB/A nicht zulässig ist.

Ausnahmen von diesen Regelungen hat der Magistrat beschlossen für die Beschaffung von EDV-Ausstattung einschl. Verkabelungsarbeiten: hier wird auch bei Überschreitung der genannten Wertgrenzen eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt.

Keine Ausschreibung findet statt bei der Beschaffung von Heizöl, da hier nach tagesaktuellen Preisen eingekauft wird.

Die Beschaffung von Gas, Fernwärme, Strom und Wasser erfolgt ebenfalls ohne

Ausschreibung über Inhouse-Vergaben an die Stadtwerke Marburg.

Um 17:48 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer die Sitzungsleitung.

---

zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 24 1/2007)
Vorlage: VO/1041/2007

Laut Auskunft des Vereins Tagesmütter und Tagesväter Marburg und Landkreis ist von den Tagespflegeeltern niemand bereit, die Zuwendungsvereinbarung über die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kindertagespflege nach der Satzung über die Betreuung von Tageskindern etc. zu unterschreiben, da ihnen angeblich ein Stundensatz von 2,05 € zugesagt war, jetzt aber ein sehr viel niedrigerer Satz von der Stadt bezahlt werden soll, im Gegensatz zum Landkreis.

Wie errechnet sich der Stundensatz für die Tagespflege/Kind, den die Stadt zahlen will, und wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Tagespflegeverein hierzu?

Es antwortet der Bürgermeister:

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Tagesmütter und Tagesväter die Zuwendungsvereinbarung nicht unterschreiben werden, da gegenüber dem Fachdienst Kinderbetreuung von verschiedenen Tagesmüttern und -vätern Zustimmung signalisiert wurde.

Bisher erfolgten die Tagespflegeverhältnisse auf privater Basis, d. h. die Eltern zahlten einen Stundensatz an die Tagespflegeperson. Der Betrag von 2,05 € ist nun der Stundensatz, den die Eltern seitens der Stadt Marburg als Zuschussbetrag pro Betreuungsstunde erhielten.

Zukünftig wird es zwei Arten der Tagespflegeverhältnisse geben.
Zum einen weiterhin die private Basis und zum anderen die Tagespflegeverhältnisse gemäß der Kindertagespflegesatzung, nach der die Eltern zu Gebühren herangezogen werden.

Für den ersten Fall werden weiterhin als Basis für die Bezuschussung an Eltern die 2,05 € zugrunde gelegt, während im zweiten Fall die Härtefallrichtlinien, die auch für den Kindertagesbetreuungsbereich gelten, Anwendung finden.

Gem. § 23 SGB VIII haben die Tagespflegepersonen erstmals Anspruch auf laufende Geldleistungen, die sich aus Kosten, die der Tagespflegeperson für den Sachaufwand entstehen und einen angemessenen Beitrag zur Anerkennung ihrer Förderleistung zusammensetzen.
Die gesetzliche Formulierung ist allgemein gehalten, d. h. dass die Kommunen die Höhe der Geldleistung bestimmen können. Die Geldleistungspauschale, die Stadt Marburg festgesetzt hat, erscheint von der Höhe her durchaus gerechtfertigt.

Die Stadt Marburg hat diese zu gewährende Geldleistung für die einzelnen Betreuungsangebote ab 15 bis max. 45 Stunden pauschaliert.

Diese Pauschalen wurden schon vor Inkrafttreten des BAMBINI-Programms festgelegt. Mit dem Entwurf der Zuwendungsvereinbarung wurde in die Diskussion mit der Vorsitzenden des Vereins Tagesmütter und Tagesväter gegangen.

Am 23.01.2007 findet eine Informationsveranstaltung mit den Tagesmüttern und Tagesvätern statt, auf der die Zuwendungsvereinbarung zur Diskussion steht.

Zu dieser Geldleistung erhalten die Tagespflegepersonen zusätzlich auf Antrag monatlich Fördermittel aus dem BAMBINI-Programm des Landes Hessens.
Darüber hinaus werden die nachgewiesenen Beiträge zu der gesetzlichen Unfallversicherung zu 100 % und die nachgewiesenen Beiträge zu einer angemessenen Altersversorgung zu 50 % erstattet.

Die Tagespflegepersonen können nun entscheiden, ob sie mit der Stadt Marburg auf der Basis der Zuwendungsvereinbarung eine Kooperation eingehen oder weiterhin das Tagespflegeverhältnis auf privater Basis abschließen wollen.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 25 1/2007)
Vorlage: VO/1042/2007

In welcher Form wird sichergestellt, dass auch Kinder im letzten Kindergartenjahr von dem BAMBINI-Programm profitieren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Fachdienst Kinderbetreuung steht in ständigem Austausch mit den freien Trägern über die Vorgehensweise und Umsetzung des BAMBINI-Programmes.
Am 17.01.2007 fand eine Veranstaltung statt, auf der mit den freien Trägern die Umsetzung des Programms im Detail besprochen wurde.

Um sicherstellen zu können, dass alle Kinder im letzten Kindergartenjahr von den Gebühren befreit werden, müssen die freien Träger dem Fachdienst Kinderbetreuung auf einer vorgefertigten Liste die Daten der Kinder melden, die Anspruch auf Gebührenbefreiung haben.
Diese Listen werden zu vereinbarten Terminen eingereicht.

---

zu 4.26 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 26 1/2007)
Vorlage: VO/1043/2007

Werden Kann-Kinder auch schon mit in das BAMBINI-Programm aufgenommen bzw. wie sieht hier die Erfassung und Abrechnung aus?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Auf der Sitzung zwischen dem Fachdienst Kinderbetreuung und den freien Trägern wurde vereinbart, dass die Kann-Kinder jeweils im September des

Jahres gemeldet werden, damit den Eltern die gezahlten Gebühren für das Kindergartenjahr rückwirkend erstattet werden können.

---

zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 27 1/2007)
Vorlage: VO/1044/2007

Wie sieht der Magistrat den Fortschritt der Arbeiten im Bereich der Ketzerbach, da der milde Winter bis jetzt keinen Stillstand notwendig gemacht hat und welche Auswirkungen haben die neuen finanziellen Forderungen der Strabag auf die Stadt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die günstige Witterung erlaubt derzeit einen guten Baufortschritt und verschafft der Baustelle ein Zeitpolster für sicherlich noch kommende witterungsbedingte Ausfallzeiten. Der Fertigstellungstermin 30.06.2007 wird nach jetzigem Kenntnisstand eingehalten.
Der Nachtrag der Strabag AG zu den Pflasterarbeiten wird von der Stadt Marburg als unberechtigt abgelehnt. Da die Firma auf ihrer Forderung bestehen wird, ist die Einschaltung eines öffentlich bestellten Sachverständigen erforderlich.

---

zu 4.28 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 28 1/2007)
Vorlage: VO/1045/2007

Sind die Anlieger verpflichtet die Kosten für die Straßenreinigung auch dann zu zahlen, wenn parkende Autos eine Reinigung zu den vorgegebenen Terminen stets unmöglich machen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Grundsätzlich sind die Gebühren für Straßenreinigung zu zahlen, auch wenn nicht immer die erwartete Reinigungsleistung erreicht werden kann. Sollte es im konkreten Fall wegen parkender PKW nie möglich sein, eine ordnungsgemäße Reinigung durchzuführen, müsste eine Entscheidung im Einzelfall getroffen werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch wird ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.29 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 29 1/2007)
Vorlage: VO/1067/2007

Gibt es eine generelle Vorgabe für die flächendeckende Verfügbarkeit der Mobilfunknetze oder ist dies jeweils "kleinsträumlich" zu erarbeiten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die generellen Vorgaben zur Versorgung mit Mobilfunkt gibt es. Nach dem

Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 22. Juni 2004 (BGI I 2004, 1190), § 2 Regulierung und Ziele Abs. (2) Punkt Nr. 5 ist ein Ziel der Regulierung **"die Sicherstellung einer flächendeckenden Grundversorgung mit Telekommunikationsdiensten (Universaldienstleistungen) zu erschwinglichen Preisen“.**

Unter Bezugnahme auf diese gesetzliche Regelung wurde in den Lizenzurkunden mit den einzelnen Mobilfunkanbietern unter Teil B, Punkt 4. **„Versorgungspflicht“** in diesen Urkunden ein **Mindestversorgungsgrad** festgeschrieben, den es innerhalb bestimmter Fristen zu erreichen gilt. Im Einzelnen steht in den Lizenzurkunden für jeden Betreiber demnach folgendes:

GSM-Netze	**Versorgungspflicht für...**	Lizenz-Laufzeit
D1 (T-Mobile)	75 % der Bevölkerung bis zum 31.12.1994	bis 31.12.2009
D2 (Vodafone)	94 % der Bevölkerung in den alten Bundesländern (neue 90 %) bis 31.12.1994	bis 31.12.2009
E1 (E-Plus	98 % der Bevölkerung des gesamten Bundesgebietes bis zum 31.12.1994	bis 31.12.2012
E2 (o2)	75 % der Bevölkerung bis zum 31.12.2001	bis 31.12.2016
UMTS-Netze	**Versorgungspflicht für...**	Lizenz-Laufzeit
alle Betreiber	25 % der Bevölkerung bis 31.12.2003 und 50 % bis 31.12.2005	bis 31.12.2020
Tabelle: In den Linzenzbedingungen vereinbarte Versorgungspflichten für die Netzbetreiber (Quelle: BNetzA).		

Die Mobilfunkanbieter leiten daraus ihren Versorgungs**auftrag** und damit eine Privilegierung ihrer Projekte ab. Den Aufbau der einzelnen Funknetze, die Geometrie der Funkzellen und damit die notwendige Lage von Mobilfunkantennen bewahrt jeder Anbieter als Betriebsgeheimnis. Damit entziehen sich die Funknetze jeglicher Einblicknahme und damit letztlich auch einer Bewertung durch die Öffentlichkeit, ob und in welchem Maße dieser Versorgungsauftrag schon erfüllt wurde.

Zuständige Behörde für die Überwachung der Einhaltung der Regelungen der Lizenzen ist die Bundesnetzagentur.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Rausch (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.30 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 30 1/2007)
Vorlage: VO/1062/2007

Werden die vielen zu erwartenden Besucher des Elisabethjahres auch an Samstagen und Sonntagen in der Marburg Tourist- und Marketing GmbH Buchungen vornehmen und Auskünfte erhalten können?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Elisabethkirchengemeinde, dem Fachdienst Kultur und der MTM wurden die Informationsmöglichkeiten an Wochenenden ausgiebig diskutiert.

Der Kirchengemeinde wird es möglich sein, an der Elisabethkirche eine Informationsstelle zu unterhalten. Mit aktuellen Informationen von MTM und FD Kultur versorgt, soll sie täglich (ab 15.2.) zwischen 10.00 und 17.00 Uhr geöffnet

haben und dementsprechend adäquat Auskunft erteilen können. Die MTM plant zudem die Erweiterung ihrer Öffnungszeiten an Samstagen auf 10.00 bis 16.00 Uhr und eine engere Zusammenarbeit mit ihrer Informationsstelle für sonntags, der Hessenstube Lenz.

Ob auch sonntags dort Buchungen vorgenommen werden können, ist noch nicht abschließend beraten. Zum jetzigen Zeitpunkt sind alle beteiligten Organisationen der Meinung, dass mit diesen beiden Regelungen, den Besuchern ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich an Wochenenden zu informieren.

Eine bedarfsorientierte Erweiterung der Öffnungszeiten wird von den Partnern kurzfristig zu prüfen sein.

---

zu 4.31 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 31 1/2007)
Vorlage: VO/1068/2007

Kann der Magistrat mitteilen, wann der angekündigte Baumschnitt für eine Sichtschneise vom Schloss zur Elisabethkirche vorgenommen wird, nachdem der entsprechende CDU-Antrag nach Zusage der Maßnahme für erledigt erklärt wurde?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Zuständigkeit liegt hierbei bei der Universität. Gespräche im Spätherbst des Jahres 2006 wurden von Seiten des Fachdienstes Stadtgrün, Umwelt und Natur geführt. Die Maßnahme wurde zugesichert. Wann die Maßnahme durchgeführt wird, ist zu Zeit nicht bekannt. Wir gehen davon aus, dass spätestens bis zum 15. März Baumpflegemaßnahmen im Bereich des Schlosses ausgeführt sind.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.32 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 32 1/2007)
Vorlage: VO/1046/2007

Der Magistrat wird gebeten, über die Kostenexplosion bei den Pflasterarbeiten an der Ketzerbach Auskunft zu geben.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Nachtrag der Strabag AG zu den Pflasterarbeiten wird von der Stadt Marburg als unberechtigt abgelehnt. Da die Firma auf ihrer Forderung bestehen wird, ist die Einschaltung eines öffentlich bestellten Sachverständigen erforderlich.

---

zu 4.33 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel (Nr. 33 1/2007)

Vorlage: VO/1047/2007

Wird der Magistrat dafür Sorge tragen, dass die Querungshilfe (der Zebrastreifen) vor „Tegut" in der Ketzerbach wieder eingerichtet wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Planung zur Umgestaltung der Ketzerbach sieht zwei farbig gekennzeichnete Querungsstellen über die Ketzerbach vor. Diese befinden sich jeweils im Bereich der Fußwegeverbindungen nach Zwischenhausen. Ein Zebrastreifen wird oberhalb der Bushaltestellen Zwischenhausen eingerichtet.

---

zu 4.34 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 34 1/2007)
Vorlage: VO/1048/2007

Was sind die weiteren Pläne des Magistrats zum "Europa-Bad"?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Um alle denkbaren Varianten der künftigen Nutzung des geschlossenen Europabades abzukopfen, beabsichten wir, die momentan nicht genutzte Immobilie zum Kauf anzubieten. Möglicherweise findet sich ein/e Interessent/in, der/die den Komplex als Bad sanieren und betreiben möchte oder dort ein Gesundheits- bzw. Wellness-Zentrum schaffen möchte. Die Chancen, eine/n solche/n Interessent/-in zu finden, werden zwar als gering eingeschätzt. Ein Ergebnis einer solchen Ausschreibung ist jedoch abzuwarten.

Für das Gelände des Europabades wird daher nach jetziger Einschätzung eine Überplanung erforderlich sein. Über diese Planung wird nach entsprechenden Vorbereitungen die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden haben. Es steht momentan nicht fest, welche Nutzungen und Bebauungsstrukturen dort entwickelt werden sollen. Es sollte angestrebt werden, dass der Abriss gemeinsam mit der Realisierung einer Neubebauung erfolgt. Ein Konzept für die Planung soll in Abstimmung mit dem Ortsbeirat bis April 2007 entwickelt werden. Sodann wird die Vorlage, die möglicherweise auch Planvarianten enthalten kann, zur Beratung dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (Marburger Linke), Lohse (CDU) und Metz (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.35 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 35 1/2007)
Vorlage: VO/1049/2007

Trifft es zu, dass ein von der Strabag für Pflasterarbeiten in der Ketzerbach beauftragter Subunternehmer wegen unterlassener Zahlungen der Strabag Insolvenz anmelden musste?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zu den Verträgen der Strabag AG mit ihren Subunternehmern, Zahlungen und evtl. Firmeninsolvenzen liegen der Stadt Marburg keine Kenntnisse vor.

---

zu 4.36 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 36 1/2007)
Vorlage: VO/1069/2007

Die Stadtverordnetenversammlung hat vor einiger Zeit beschlossen, dass der Magistrat der Universitätsstadt Marburg sich noch einmal um die Ausrichtung der Hessischen Landesgartenschau bewirbt.
Was hat der Magistrat bisher insoweit unternommen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat der Stadt Marburg hat sich bisher schon auf drei Hessischen Landesgartenschauen beworben. Dies waren die Landesgartenschauen in 1999 (Hanau) und 2006 (Bad Wildungen). Die letzte Bewerbung der Stadt Marburg für die Landesgartenschau 2010 ist dann vom Land Hessen ebenfalls abschlägig beschieden worden.

Dabei wurde als Ablehnungsgrund die mögliche Hochwassergefahr für die projektierten Gartenschauflächen benannt. Die Stadt Bad Nauheim hat dann für 2010 den Zuschlag erhalten.

Vor diesem Hintergrund hat der Magistrat der Stadt Marburg keine weiteren Anstrengungen für eine erneute Bewerbung um eine Landesgartenschau unternommen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 5 Benennung von 4 Personen für den Fahrgastbeirat der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/0940/2006

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Metz (Fraktion Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. Folgende Wahlvorschläge der Fraktionen lagen vor:

SPD/Bündnis 90/Die Grünen:
Seelig, Johanna (SPD)
Büchner, Thorsten (SPD)
Micke, Dorothea (Grüne)

Nachrücker:
Böttcher, Bettina (SPD)
Brand, Benjamin (SPD)
Laatz, Sandra (Grüne)

CDU:

Stötzel, Wieland

Nachrücker:
Lohse, Petra
Kaufmann, Anita
Ackermann, Barbara

Der Vorsitzende führt weiter aus, dass die Wahl schriftlich und geheim nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts durchgeführt werden muss, da im Wahlvorbereitungsauschuss ein gemeinsamer, einheitlicher Wahlvorschlag der Fraktionen nicht zustande gekommen ist.

Der Ausschuss hat daher einstimmig folgenden Beschluss gefasst. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahl der 4 Personen für den Fahrgastbeirat der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf auf Grund der vorliegenden Wahlvorschläge schriftlich und geheim durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft zum schriftlichen und geheimen Wahlgang auf. Zunächst werden Wahlhelfer berufen und der Stimmzettel wird erläutert.

Nach Durchführung des schriftlichen und geheimen Wahlganges gibt der Stadtverordnetenvorsteher das Ergebnis bekannt.

An der Wahl haben sich beteiligt:

56 Stadtverordnete
abgegebene gültige Stimmen: 51
ungültige Stimmen: 5
von den gültigen Stimmen entfielen auf den Wahlvorschlag der
SPD /Bündnis 90/Die Grünen: 31 Stimmen = 3 Sitze
CDU: 20 Stimmen = 1 Sitz

Somit sind folgende Bewerber in den Fahrgastbeirat gewählt:

Seelig, Johanna (SPD)
Büchner, Thorsten (SDP)
Micke, Dorothea (Bündnis 90/Die Grünen)
Sötzel, Wieland (CDU)

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Stadtverordnetensitzung um 18:40 Uhr. Er beruft den Ältestenrat ein, um über die Behandlung der beiden Dringlichkeitsanträge zur Otto-Ubbelohde-Schule zu beraten.

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird fortgesetzt um 18:45 Uhr. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus der Sitzung des Ältestenrat. Der Ältestenrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeitsanträge zum Thema Otto-Ubbelohde-Schule in die Tagesordnung aufzunehmen und zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 9.11 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Turnhalle Otto-Ubbelohde-Schule" zu beraten.

---

zu 6 Übernahme der restlichen Gesellschaftsanteile an der Marburger Bus und Service GmbH

durch die Stadtwerke Marburg GmbH
Vorlage: VO/1010/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, der Übernahme von 10 % der Gesellschaftsanteile eines privaten Mitgesellschafters an der Marburger Bus und Service GmbH durch die Stadtwerke Marburg GmbH zuzustimmen.

---

zu 7 Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage: VO/1002/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktionen Marburger Linke, folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:
Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Ergebnisse der Jahresrechnung 2005 werden wie folgt festgesetzt:

Verwaltungshaushalt: Einnahme
152.164.835,00 €

Ausgaben
152.164.835,00 €

Vermögenshaushalt: Einnahme
36.209.253,36 €

Ausgaben
36.209.253,36 €

2. Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Stadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gem. § 114 HGO Entlastung erteilt.

---

zu 8 Dringlichkeitsanträge

zu 8.1 Dringlicher Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Tagespflegesatzung
Vorlage: VO/1055/2007

Zur Sache sprechen die Stadtverordnete Gottschlich (CDU) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, der STVV über die Umsetzung der Tagespflegesatzung und die Gespräche mit den Tagespflegepersonen zu berichten.

---

zu 9 Anträge der Fraktionen

---

zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrskonzept
Vorlage: VO/0717/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Heck (CDU), Sell (SPD), Ludwig (MBL), Oberbürgermeister Vaupel und Heck (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP und MBL und bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 9.2 Antrag B90/Die Grünen/SPD - Kein Atomstrom
Vorlage: VO/0774/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Schaffner (CDU), Metz (Marburger Linke), Stompfe (CDU), Dr. Musket (SPD), Sawalies (FDP) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Der Magistrat wird beauftragt, auf die Stadtwerke Marburg einzuwirken, zum schnellstmöglichen Zeitpunkt keinen Atomstrom mehr von seinen Vorlieferanten zu beziehen.**
2. **Der Magistrat wird aufgefordert in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu berichten, wie dieses Ziel erreicht werden kann.**
3. **Der Magistrat wir aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen bisher schon ergriffen wurden, um die Abhängigkeit von atomstromerzeugenden Vorlieferanten durch Eigenproduktion oder anderen Maßnahmen zu verringern.**

Während der Aussprache hat von 22:30 Uhr bis 22:40 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

---

zu 9.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Weiterbau des Radwegenetzes
Vorlage: VO/0792/2006

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen.

Der Magistrat wird beauftragt, auf den Weiterbau des Radwegenetzes in den westlichen Stadtteilen Marburgs hinzuwirken.

- Es müssen die bestehenden Radwege Haddamshausen und Dagobertshausen über eine neue Wegstrecke mit Hermershausen und über Elnhausen angebunden werden.

- Es müssen die Stadtteile Dilschehausen und Wehrshausen, Wehrshausen-Neuhöfe, Cyriaxweimar sowie Michelbach an dieses Radwegenetz angeschlossen werden.

Aussprache wurde beantragt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, auf den Weiterbau des Radwegenetzes in den westlichen Stadtteilen Marburgs hinzuwirken.

- **Es müssen die bestehenden Radwege Haddamshausen und Dagobertshausen über eine neue Wegstrecke mit Hermershausen und über Elnhausen angebunden werden.**

- **Es müssen die Stadtteile Dilschehausen und Wehrshausen, Wehrshausen-Neuhöfe, Cyriaxweimar sowie Michelbach an dieses Radwegenetz angeschlossen werden.**

zu 9.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Betriebskindergarten am Standort Behringwerke
Vorlage: VO/0793/2006

Die Antragsteller beantragen die Vertagung der Vorlage. Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück, bis zur Februarsitzung.

zu 9.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkaufspreise für Strom und Gas
Vorlage: VO/0815/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete, Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Die Antragsteller haben den Antragstext wie folgt geändert:

Die StVV beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg bis zum 6. März 2007 eine Übersicht der Entwicklung der Verkaufspreise für Strom und Gas der Stadtwerke Marburg GmbH der letzten sechs Jahre vorzulegen. Diese Übersicht soll auch einen Vergleich der Strom- und Gaspreise mit den anderen Hessischen Sonderstatusstädten enthalten.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die StVV beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg bis zum 6. März 2007 eine Übersicht der Entwicklung der Verkaufspreise für Strom und Gas der Stadtwerke Marburg GmbH der letzten sechs Jahre vorzulegen. Diese Übersicht soll auch einen Vergleich der Strom- und Gaspreise mit den anderen Hessischen Sonderstatusstädten enthalten.

zu 9.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mindestlöhne
Vorlage: VO/0816/2006

Die Antragsteller wünschen die Vertagung des Antrages bis zur Februar-Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 9.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Winterdienst im Südviertel
Vorlage: VO/0878/2006

Die Antragsteller wünschen die Vertagung des Antrages bis zur Februar-Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 9.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Turnergarten
Vorlage: VO/0880/2006

Die Antragsteller wünschen die Vertagung des Antrages bis zur Februar-Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

zu 9.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Frühwarnsystem zur Erkennung von Krisensituationen für Neugeborene und Kleinkinder
Vorlage: VO/0882/2006

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Im Sozialausschuss wurde der Antrag wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Maßnahme zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften in der Kinderbetreuung und der Jugendhilfe erfolgt sind, um Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern frühzeitig zu erkenn und um tätig werden zu können.

Darüber hinaus möge der Magistrat berichten, welche Gespräche mit den Krankenhausbetreibern und den niedergelassenen Kinderärztinnen und -ärzten stattgefunden haben, um die Erkennung und Verhinderung von Vernachlässigung bzw. Misshandlung von Neugeborenen und Kleinkindern frühzeitig wahrzunehmen.

Des Weiteren wird der Magistrat beauftragt, die von der Bundesregierung für solche Projekte bereit gestellten Bundesmittel für lokale Projekte zu beantragen.

Die so geänderte Antragsfassung empfiehlt der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Maßnahme zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften in der Kinderbetreuung und der Jugendhilfe erfolgt sind, um Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern frühzeitig zu erkenn und um tätig werden zu können.

Darüber hinaus möge der Magistrat berichten, welche Gespräche mit den Krankenhausbetreibern und den niedergelassenen Kinderärztinnen und -ärzten stattgefunden haben, um die Erkennung und Verhinderung von Vernachlässigung bzw. Misshandlung von Neugeborenen und Kleinkindern frühzeitig wahrzunehmen.

Des Weiteren wird der Magistrat beauftragt, die von der Bundesregierung für solche Projekte bereit gestellten Bundesmittel für lokale Projekte zu beantragen.

---

zu 9.10 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Stärkung der Marburger Wochenmärkte
Vorlage: VO/0936/2006

Die Antragsteller beantragen eine Vertagung der Vorlage bis zur Februar-Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 9.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Turnhalle Otto-Ubbelohde-Schule
Vorlage: VO/0988/2006

Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD/Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und FDP betr. Unterstützung Otto-Ubbelohde Schule (VO/1052/2007)

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Otto-Ubbelohde-Schule (VO/1054/2007)

Zum Tagesordnungspunkt 9.11 berichtet der Stadtverordnete Meyer (SPD) für den Bau- und Planungsausschuss. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Stadtverordneten Dinnebier (SPD). Im Schul- und Kulturausschuss hat die CDU-Fraktion die Vorlage wie folgt abgeändert:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. schnellstmöglichst zur Änderung der Bauleitpläne für den Bereich der Otto-Ubbelohde-Schule zu erstellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Wonach der Bau der Turnhalle bzw. Mehrzweckhalle für die Otto-Ubbelohde-Schule auf dem Gelände der Stadt, welches jetzt als Parkplatz genutzt wird erfolgen kann.

2. den Bau der Turnhalle bzw. Mehrzweckhalle nach den entsprechenden Änderungen der Bauleitpläne unverzüglich im Jahr 2007 zu beginnen.

Dem so abgeänderten Antrag ist die FDP-Fraktion beigetreten.

Der Schul- und Kulturauschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung jedoch mehrheitlich die Vorlage abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Nach den Ausschussberichten eröffnet der Stadtverordnetenvorsteher die Debatte. Es sprechen die Stadtverordneten Köster (Marburger Linke), Jannasch (CDU), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Pötter (CDU), Sawalies (FDP), Dinnebier (SDP), Ludwig (MBL), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Ludwig (MBL), Stompfe (CDU) und Köster (Marburger Linke).

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Während der Debatte hat von 19:58 Uhr bis 20:30 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Aussprache erfolgen die Beschlüsse zu den einzelnen Vorlagen. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zu nächst über die Dringlichkeitsanträge abstimmen.

1. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und einer Stimme aus der FDP, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, MBL und FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

2. Dringlichkeitsantrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke, MBL und FDP
Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung stehen hinter der 6jährigen Grundschule Otto-Ubbelohde-Schule mit Ganztagsangebot und wollen deren Sicherung als Schulstandort durch die erforderliche rechtliche, personelle und bauliche Ausstattung.

Sie fordern darum das Kultusministerium auf, unverzüglich den rechtlich provisorischen Charakter dieser Schulform für die OUS zu beenden und ihr den rechtlichen Status einer auf Dauer gleichberechtigten Schulform zu geben.

Des weiteren wird im Februar ein sog. „runder Tisch" einberufen, an dem Vertreter aller Fraktionen sowie die Schulleitung der Otto-Ubbelohde-Schule und der Förderkreis der Schule teilnehmen.

Beschlussfassung zum TOP 9.11:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, Marburger Linke und einer Stimme aus der FDP gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und einer Stimme der FDP bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 9.12 Antrag B90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Umsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen
Vorlage: VO/0989/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, die von mehreren Ortsbeiräten jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich beantragten Geschwindigkeitsbegrenzungen umzusetzen.
Soweit diesem Begehren der Ortsbeiräte in Einzelfällen nicht entsprochen werden kann, wird der Magistrat gebeten, die Gründe hierfür bei der Straßenverkehrsbehörde zu erfragen und dem Fachausschuss sowie dem betroffenen Ortsbeirat darüber zu berichten.

---

zu 10 Kenntnisnahmen

---

zu 10.1 123. Vergleichende Prüfung 'Wirkung des Finanzausgleichs auf Sonderstatusstädte und Landkreise'
Vorlage: VO/0732/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 10.2 Ergebnisse des ökologischen Winterdienstes in der Saison 2005/2006
Vorlage: VO/0839/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 10.3 Schreiben des Hessischen Ministers des Innern und für Sport zur Bleiberechtsregelung und zur Aussetzung von Abschiebemaßnahmen
Vorlage: VO/0965/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:15 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Heubel
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle